

Schröder, Fischer und, und, und

Peter März

Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005. München: Verlag C. H. Beck 2013, 848 Seiten, 24,95 €.

Schon acht Jahre nach dem Abdanken der Helden – zu früh für seriöse Geschichtswissenschaft, dieser Vorwurf ist dem Autor Edgar Wolfrum zu allererst gemacht worden. Aber eben er dürfte am allerwenigsten zählen, läßt man einfach die Bedingungen für Historiographie im Medienzeitalter, teilweise auch schon davor, gelten: Bismarck ließ die schwarzweißrote Erfolgsgeschichte der Gründung des Kaiserreiches von dem nationalliberalen Historiker Heinrich von Sybel schon ein gutes Jahrzehnt nach den Ereignissen, in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, untersuchen und veröffentlichen. Nicht viel anders verfuhr Helmut Kohl ein gutes Jahrhundert später: Eine privilegierte Arbeitsgruppe um Werner Weidenfeld war damals in die Lage versetzt worden, die Erfolgsgeschichte von 1989/90 schon rund ein Jahrzehnt später zu schildern.¹ Ähnliches galt für die vorzeitige Veröffentlichung von Akten des Bundeskanzleramtes, durch die das Auswärtige Amt – und mit ihm der innenpolitische Rivale um die Siegespalme von 1989/90 Hans-Dietrich Genscher ausgestochen werden sollte.² Es lohnt sich durchaus, noch etwas länger bei der nationalen Frage zu verharren: Wolfrum betont den Zäsur-, den Novitätscharakter der rot-grünen Regierung, die 1998 Helmut Kohls letztes Kabinett ablöste, legitimiert durch die Verheißung eines großen gesellschaftlichen Modernisierungsprojektes. Und er bemüht dabei die Parallele zu den Anfängen der sozialliberalen Ära unter Willy Brandt 1969, mit dem Unterschied freilich, daß es 1998 einen vollständigen Machtwechsel gab, 1969 aber nur einen partiellen. Denn die SPD, die nun das Kanzleramt besetzte, war damals in Gestalt der ersten Großen Koalition, der Regierung Kiesinger, bereits seit knapp drei Jahren in der Verantwortung. Der Punkt aber ist ein anderer: Das Projekt Brandt, rhetorisch vielfach untermalt und variiert, war ein doppeltes: Demokratisierung, vielfache gesellschaftliche Mitbestimmung im Inneren, vor allem aber eine neue deutschland- und entspannungs- politische Offensive, die auf den Zusammenhalt der deutschen Kulturnation zielte, ausgehend von der Formel zwei Staaten einer Nation, die füreinander nicht Ausland seien. 1998 aber war das vollkommen anders: Hier trat in beiden Parteien, in der SPD wie bei den Grünen, eine Mannschaft an, die durchweg mit nationaler Einheit nichts im Sinn gehabt hatte, deren Exponenten das ganze Wiedervereinigungsgeschehen von 1989/90 vielfach nicht nur skeptisch und ablehnend, sondern geradezu mit der geballten Faust in der Hosentasche hatten über sich ergehen lassen müssen. Für die einen war nationale Einheit quasi etwas von vorgestern, für die anderen, insbesondere bei den Grünen, war sie förmlich amoralisch, weil sie die vom Schicksal als Sanktion für die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verhängte und perpetuierte Teilung in Frage stellte. Joschka Fischer, die damals mit Abstand stärkste Figur bei den Grünen, war hier tonangebend. Bei der SPD gab es, insbe-

1 Beispielhaft der Band von Weidenfeld selbst: Weidenfeld, Werner mit Wagner, Peter M. Wagner und Bruck, Elke: Außenpolitik für die Deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Stuttgart 1998.

2 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998.

sondere in den 1980er Jahren eine deutliche Haltung, den Fortbestand nicht nur des anderen deutschen Staates, sondern seiner Staatspartei SED als privilegierter Partner für die eigene Partei möglichst unter allen Umständen zu gewährleisten. Dies galt nicht nur für Oskar Lafontaine, den SPD-Vorsitzenden seit 1995, den starken Finanzminister, Quasi-Schatzkanzler der Regierung Schröder, bis er dann nach wenigen Monaten schon im März 1999 alles hinwarf, weil sein platter Keynesianismus innen- wie außenpolitisch nicht allseits Gefolgschaftstreue fand. Beide, Lafontaine wie Schröder, hatten als Ministerpräsidenten in Saarbrücken und in Hannover am 22. Juni 1990 im Bundesrat gegen den ersten der drei Wiedervereinigungsverträge gestimmt, den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, und damit die alte Garde in der Partei, wie Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau, aufs äußerste aufgebracht. Knapp drei Jahre zuvor, im Juli 1987, war es zu einer Begegnung führender Exponenten der niedersächsischen SPD mit einer SED-Delegation gekommen. „In diesem Rahmen kam es zu einem Treffen der Gäste aus der DDR unter anderem mit den niedersächsischen SPD-Politikern Edelgard Bulmahn [der späteren Bundeswissenschaftsministerin, P.M.] und Schröder.“ Schröder, so hält es der entsprechende Vermerk der SED fest, „wandte sich gegen die ‚starre Haltung Bonns bei Salzgitter und Staatsbürgerschaft und mahnte eine perspektivische Lösung an. Kohl sei ein ‚kleinbürgerlich-konservativer Rechter‘.“³

Man kann es auch so sagen: Ganze acht Jahre, zwei Legislaturperioden nach dem Beitritt der Neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, kam in Berlin eine Bundesregierung an die Macht, deren Exponenten durchweg ganz auf die Perpetuierung der Spaltung Deutschlands fixiert gewesen waren, eben keineswegs allein die drei großen Alphatiere Schröder, Lafontaine und Fischer, sondern etwa auch die drei Damen Edelgard Bulmahn (Bundeswissenschaftsministerin), Herta Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin) und insbesondere Heidemarie Wieczorek-Zeul (wirtschaftliche Zusammenarbeit). Letztere wurde im besonders sozialismusaffinen Hessen-Süd sozialisiert. Hinzu kommt im übrigen noch die bemerkenswert, ja skurril-schwache Vertretung der Neuen Länder selbst in den Bundeskabinetten der Jahre 1998 bis 2005: In der ersten Legislaturperiode Christine Bergmann als Bundesfamilienministerin, ab 2002 der brandenburgische Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe als Bundesverkehrsminister, eine Wahl, die schon damals in mancherlei Hinsicht als nicht nachvollziehbar galt.

Nun könnte man freilich mit gutem Grund den Spieß umdrehen und zu der Schlußfolgerung gelangen, es zeuge doch von der Normalität der Verhältnisse, von Lernfähigkeit, Anpassungsbereitschaft oder einfach gesundem politischem Opportunismus, daß die Gegner von einst nun eben nicht mehr Saulus, sondern Paulus waren. Dies zeuge doch von pragmatischer Akzeptanz der neuen Verhältnisse. Darüber ließe sich in der Tat nachdenken, aber genau dies geschieht bei Wolfrum nicht. Er hebt vielmehr auf ein Einzelereignis ab, das für die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands bemerkenswerte Bedeutung erlangte, ohne die dahinterliegende Paradoxie weiter zu reflektieren. Gemeint ist das mit wahlentscheidende Elbehochwasser des Jahres 2002. Kein Zweifel: Der damals fotogen in Gummistiefeln das überschwemmte Sachsen aufsuchende Bundeskanzler Gerhard Schröder erschien mit einem Mal als nationale Integrationsfigur. Sein bis dahin in Führung liegender Konkurrent, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, war politisch-psychologisch den Naturgewalten hilflos ausgeliefert. Und auf der anderen Seite des Parteienspektrums war die PDS Leidtragender dieses Mirakels in der deutschen Zeitgeschichte – ein Mirakel, das fast schon ein wenig an das berühmte Mirakel des Hauses Brandenburg im Siebenjährigen Krieg erinnerte, als

3 Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006, S. 82.

Friedrich der Große dank des Ablebens der Zarin Elisabeth in aussichtsloser Lage die Allianz seiner Gegner sprengen konnte.

Wolfrums Monographie ist bemerkenswert umfangreich, insgesamt 848 Seiten, allein 720 Seiten der erzählende Teil. Mancher Rezensent ließ schon kritisch anklingen, warum es denn so viel werden mußte. Gewiß, es gibt hier keine absoluten Grenzen. Der Text legitimiert sich so oder so aus Innovationskapazität und Prägnanz der Darstellung – oder eben nicht. Sicher, Leserinnen und Leser erfahren noch einmal viel von dem, was sie als Zeitgenossen erlebt und zumindest in den Details eben vielfach auch wieder vergessen hatten: Die ganze Vielfalt hastiger Reformen in der ersten Legislaturperiode, das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das Lebenspartnerschaftsgesetz, aber auch die deutschen wie europäischen Aufgeregtheiten um die BSE-Krise, im nachhinein zweifellos eher eine Posse. Ausführlich werden die entscheidenden Wegmarken erörtert: Die Beteiligung am Kosovo-Kriegseinsatz der NATO gegen Serbien, bei dem die Grünen ihre pazifistische Unschuld verloren, von Joschka Fischer durch den Verweis auf Auschwitz legitimiert oder scheinlegitimiert, die sehr bald brüchig werdende „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington, brüchig schon durch die Rhetorik des Bundespräsidenten Rau, der auch hier die pazifistische Tradition seiner alten Gesamtdeutschen Volkspartei bis zum Übergang in die SPD 1957 nicht wirklich abzustreifen vermochte, schließlich nach der Bundestagswahl 2002 die „Agenda 2010“, bis heute umstritten als entweder deutsches Erfolgsmodell im Zeichen der Globalisierung oder, auf der politischen Linken, als Aufkündigung innergesellschaftlicher Solidarität und Kohärenz. Das alles noch einmal nachzulesen, ist durchaus gewinnbringend, aber es ist in einer Hinsicht zuviel und in der anderen zuwenig: Zuviel im Umfang. Die Darstellung quillt förmlich auf und über durch unentwegte rhetorische Fragen wie Diskurse, die der Autor mit sich selbst führt, wobei er in aller Regel zu dem Ergebnis gelangt, daß die schließlich von der rot-grünen Bundesregierung gewählte Strategie und Lösung eben die gegebene war. Zuwenig insofern, als man vielfach den Eindruck gewinnen kann, hier habe eine Regierung eigentlich ohne Opposition agiert – und so läßt sich eben das komplexe System der Bundesrepublik mit seinen vielfachen Vetopositionen für keinen Zeitpunkt beschreiben. Wer die 1960er Jahre in der alten Bundesrepublik präsentiert, wird sie mit an erster Stelle als eine Zeit des Aufstiegs der bisherigen Opposition SPD beschreiben müssen, und zwar vielfach aus kommunalen und föderalen Machtpositionen, die sie bereits seit langem besaß. Auch für die Zeit der rot-grünen Regierung gilt, daß es ohne die Opposition schon wegen ihrer starken Position in den Ländern und damit im Bundesrat vielfach nicht ging. Die Opposition erscheint aber eigentlich nur in dreifacher Weise: ziemlich am Anfang durch den Spendenskandal, der 1999 manifest wurde, die Position Helmut Kohls als Elder Statesman untergrub und zugleich zur wesentlichen Voraussetzung für den späteren Aufstieg Angela Merkels wurde. Das zweite ist die fast zum Erfolg gediehene Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers 2002, und das dritte schließlich ist die Schlußphase der rot-grünen Regierung 2002, nach dem Paukenschlag vom 22. Mai 2005, als zunächst bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Schwarz-Gelb unter Jürgen Rüttgers in Düsseldorf an die Macht gewählt wurde und sodann Franz Müntefering als SPD-Vorsitzender und Gerhard Schröder den Weg zu Neuwahlen über eine vorsätzlich zum Scheitern gebrachte Vertrauensfrage im Bundestag proklamierten. Hier taucht mit einem mal ein Akteur auf, der geradezu wie Manna vom Himmel fällt, der 2004 ins Amt gewählte Bundespräsident Horst Köhler, Nachfolger von Johannes Rau. Die Wahlen von Bundespräsidenten sind aber nicht das Ergebnis von Würfelspielen. Wie machtvoll oder machtlos das Amt des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik auch immer sein mag,

seine Bestallung verrät jedes Mal sehr viel über Kräftekonstellationen. Insbesondere, wenn die Konstellation in der Bundesversammlung dies erlaubt, über die Fähigkeit der Opposition, der Regierung eine symbolhafte und perspektivische Niederlage zu bereiten. Das war so bei der Wahl Gustav Heinemanns 1969 gegen die Unionsparteien und analog ebenso bei der Wahl von Karl Carstens 1979 mit einer Unionsmehrheit in der Bundesversammlung gegen die sozialliberale Koalition. Letztere hielt danach noch drei Jahre schlecht und recht zusammen. Auch Köhlers Wahl 2004 hatte einen ähnlichen Stellenwert.

Bevor Wolfrum das Ende der rot-grünen Regierung 2005 beschreibt, präsentiert er sein Lieblingsoeuvre, die Geschichtspolitik (Geschichtspolitik S. 584 ff.). Hier habe Rot-Grün die eigentliche, moralische Modernisierungsleistung vollbracht, gestützt auf seine drei großen Helden, die jeweiligen Staatsminister für Kultur und Medien Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss. Und regelrecht genüßlich fügt er an, diese drei Intellektuellen, die das Bundeskanzleramt auf je eigene Weise geschmückt hätten, hätten zugleich die Gilde der bundesdeutschen Kultusminister in ihrer ganzen Provinzialität enthüllt, provinziell, weil unfähig, die Bedeutung der Ausstrahlung der Berliner Republik am Standort deutsche Hauptstadt angemessen zu würdigen. Das Pathos, das hier waltet, einmal beiseite gelassen: Schon ein Blick ins Grundgesetz zeigt, daß die konstitutiven Gegenspieler der Kultus- und Wissenschaftsminister in den Ländern diese neuen Staatsminister allenfalls ganz peripher sein konnten, im Kern waren (und sind es) die Bundesbildungsminister. Der „Feind“ für die Kultusminister in Stuttgart oder Düsseldorf war also Edelgard Bulmahn, keineswegs Michael Naumann (und seine Nachfolger). Aber was findet Wolfrum eigentlich in der Sache so gut an diesen drei Musketieren? Daß ihm die von Kristina Weiss eingesetzte „Sabrow-Kommission“ zur Analyse von DDR-Forschung und DDR-Aufarbeitung mit ihrer sehr eigenen, Diktaturgeschichte eher relativierenden Schwerpunktsetzung in ganz besonderer Weise zusagt, wird keinen Kenner der innerdeutschen Geschichtsfractionierungen überraschen. Was ihm besonders zusagt, ist das geschichtspolitisch-moralisch Grenzüberschreitende, möglichst ins Universale gehende – was immer das auch für Reflexion und am historischen Thema entwickelte Urteilskraft bedeuten mag: Die Stockholmer-Holocaustkonferenz vom 26. bis 28. Januar 2000 erscheint bei ihm „als die Geburtsstunde einer transnationalen Kooperation und eines europäischen Gedächtnisses im Bereich der Holocaust-Erinnerung“ (S. 598). Genau 20 Seiten später wird derselbe Prozeß durchaus kritisch gesehen, denn nun „scheinen die deutschen Täter beziehungsweise die Täter insgesamt zu verschwinden“. Gerade dies aber ist der Punkt: Eine Art negative Sakralisierung und Dekontextualisierung des Zivilisationsbruches befördert nicht, sondern sie schwächt die Ausprägung historischer Urteilsfähigkeit. Letztere bedarf der Kenntnis konkreter Voraussetzungen, Abläufe und Bedingungen. Kein Wunder, daß gerade in diesem Rahmen von einer deutschen „Ankunft im Kreis der Siegermächte“: Normandie 2004 und Moskau 2005 (S. 618) die Rede ist. Über die deutsche Positionierung mit einem Mal auf der Seite der Sieger, naturgemäß nicht im machtpolitischen, aber 60 Jahre nach Kriegsende im moralischen Sinne, ließe sich trefflich streiten. Aber das Bild eines lachenden Gerhard Schröder mit Ehefrau bei der Jubiläums-Siegesparade am 9. Mai 2005 auf dem Roten Platz in Moskau läßt doch schauern, nicht nur in der Erinnerung an den konkreten Krieg und die konkreten Opfer, sondern insbesondere auch in der Erinnerung an die antipolnische deutsch-sowjetische Komplizenschaft in Gestalt des Ribbentrop-Molotow-Paktes von 1939. Er ging dem deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion um eindreiviertel Jahre voraus. Zumindest eine kleine Reminiszenz an diesen diabolischen Pakt wie an den Warschauer Aufstand vom 1. August 1944, der sich militärisch gegen die deutschen Okkupanten, politisch aber gegen die

drohende Einbeziehung Polens in das sowjetische Imperium richtete, hätte hier Wolfrums Darstellung gut getan, nicht nur historiographisch, sondern auch moralisch.

Zwei Lieblingsbegriffe Wolfrums, die sich ja auch sonst weithin in der Republik durchgesetzt haben, heißen: „Berliner Republik“ und „Zivilgesellschaft“. Beide korrelieren gewissermaßen mit seinen stellenweise geradezu euphorischen Befunden für die rot-grüne Geschichtspolitik und insgesamt mit dem Modernisierungsprojekt, das ab 1998 ins Werk gesetzt worden sei. Der Begriff „Zivilgesellschaft“, soll wohl förmlich verbindlich für alle Initiativen und Vorhaben stehen, die nicht staatlicher, kommunaler oder irgendwie öffentlich-rechtlicher Provenienz sind. Ob das so stimmt, sei hier einmal beiseite gelassen; worin sich in der Substanz „Zivilgesellschaft“ einfach von „Gesellschaft“ unterscheidet, scheint bislang jedenfalls noch nicht recht deutlich gemacht worden zu sein.

Gravierender ist die Paradoxie mit der „Berliner Republik“, über deren Sinnhaftigkeit für das wiedervereinigte Deutschland hier nicht weiter spekuliert werden soll. Spätestens dieser Begriff hätte Wolfrum Gelegenheit geben können, doch noch einmal darüber nachzusinnen, daß diese Republik nun von Akteuren ins Werk gesetzt wurde, die eigentlich immer ganz auf die westdeutsche Bonner Republik fixiert gewesen waren. Sollte Gerhard Schröder tatsächlich einmal an Stäben eines deutschen Bundeskanzleramtes gerüttelt haben, dann waren es die Stäbe in Bonn, nicht die in Berlin. Bei Wolfrum klingt im Hinblick auf „Berliner Republik“ nur so etwas an wie die Lösung aus verstaubt-verfestigt, provinziell-kleinbürgerlichen Verhältnissen und die Öffnung zu einem großen, modernen, vielleicht auch nur schicken, globalisierungsaffinen Projekt – all dies aber konnte doch nur mehr oder weniger konkrete Gestalt annehmen, nachdem die Ostdeutschen die Mauer und das SED-Regime zum Einsturz gebracht hatten – und dies vielleicht nicht nur aus jenen für Westdeutsche banal anmutenden Prosperitätsgründen, die der spätere rot-grüne Innenminister Schily mit der ostentativ in die Kamera gehaltenen Banane am Abend der ersten freien Volkskammerwahl, am Abend des 18. März 1990, so pseudogroßbürgerlich-verächtlich zum Ausdruck bringen wollte.

Wolfrum schreibt, „die reformorientierte Regierung Brandt [habe, P.M.] so gut wie keine neuen Schulden gemacht.“ (S. 159). Präzision in der Ökonomie ist nicht so ganz seine Sache, bei unentwegten Modernisierungsprojekten kommt es vielleicht auch nicht so sehr auf die Mühen der Ebene im Detail an: Die Defizite bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften betragen in der Phase 1970 bis 1974 in Relation zu den öffentlichen Ausgaben bereits 5,8 Prozent, im gleich langen Zeitraum ein Jahrzehnt zuvor beim Ende der Ära Adenauer, waren es noch 2,4 Prozent gewesen. Die Verschuldung des Staates in der alten Bundesrepublik vom Dezember 1969 bis zum Dezember 1974 von 94 Milliarden DM auf 167 Milliarden DM, in einem Jahr fünf also mehr als zwei Drittel dessen, was in den vorausgegangenen zwei Jahrzehnten an Schulden aufgehäuft worden war.⁴

4 Zahlen nach Dreißig, Wilhelmine: Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft seit dem Jahre 1950. In: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1945, hrsg. v. der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/Main 1976, S. 691–744, hier S. 724, 731.